



2002/06 webredaktion

<https://jungle.world/artikel/2002/06/lohn-der-gewalt>

Ein Besuch in Mazedonien

Lohn der Gewalt

von **Boris Kanzleiter**

Terroristen, Zivilisationsbringer und eine kleine deutsche Kolonie: Trotz des Friedensabkommens dauert die ethnische Teilung Mazedoniens an. Die Bundeswehr moderiert.

Noch bevor sie überhaupt einen Fuß nach Mazedonien gesetzt hatten, stand für westliche Journalisten fest, dass die Albaner Opfer und die slawischen Mazedonier brutale Menschenrechtsverbrecher sind. In den mazedonischen Albanern wurden die Vertriebenen aus dem Kosovo-Krieg wieder erkannt. Die slawischen Mazedonier dagegen wurden als Brüder der völkermordenden Serben porträtiert.« Filip Stojanovski versucht zu erklären, warum die mediale Darstellung der Auseinandersetzungen in Mazedonien seiner Wahrnehmung völlig zuwiderläuft. »Der Westen legt eine Folie über den Konflikt in Mazedonien. Es werden tausendfach gezeigte Bilder aus dem Kosovo aus dem Gedächtnis abgerufen, und damit wird die Situation hier illustriert, auch wenn diese ganz anders aussieht.«

Gemeinsam mit Freunden betreibt der knapp 30jährige Historiker die Homepage **www.realitymacedonia.org.mk**. Hier werden Nachrichten über Attacken albanischer Nationalisten, das Schicksal slawisch-mazedonischer Flüchtlinge und die widersprüchliche Politik der »internationalen Gemeinschaft« veröffentlicht.

Besorgt erzählt Stojanovski von der Angst vor einem erneuten Ausbruch des Krieges. Diesmal könnte es noch schlimmer kommen als im vergangenen Jahr. Damals, im Februar, tauchte die UCK erstmals in Mazedonien auf, besetzte einige Dörfer und lieferte sich während des Frühjahrs heftige Gefechte mit der Armee. Dann, im August, schlossen die Regierungsparteien - zwei albanische und zwei slawische - unter dem Druck der »internationalen Gemeinschaft« im malerischen Städtchen Ohrid ein Abkommen zur Besserstellung der albanischen Minderheit, die etwa ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung ausmacht. Das Auseinanderbrechen des 1991 von Jugoslawien unabhängig gewordenen Landes konnte abgewendet werden. Zunächst.

Heute mehren sich die Zeichen, dass die Feindseligkeiten nur wegen des harten Winters unterbrochen wurden. Mit der AKSh, der Albanischen Nationalarmee, meldete sich Mitte Januar eine Truppe mit einem großalbanischen Programm zu Wort und kündigte weitere Angriffe an. Und auch aus der offiziell demobilisierten UCK sind wieder kriegerische Töne zu vernehmen. Ihr Führer Ali Ahmeti ruft aus seinem Hauptquartier in den Bergen die albanischen Regierungsparteien zur Bildung einer Einheitsfront auf. Die Regierung ihrerseits rüstet die

Armee auf.

Filip Stojanovski stapft durch den schmutzigen Schnee der Straßen von Skopje. Die Hauptstadt des kleinen Balkanlandes mit nur zwei Millionen Einwohnern liegt in einem weitläufigen Tal, über das sich der Nebel legt. Es ist kalt und die Menschen eilen mit hochgezogenen Schultern über den Marktplatz im Zentrum. Vor der geschwungenen alten Brücke über das Flüsschen Vardar - ein Bauwerk aus der osmanischen Zeit - zeigt Stojanovski auf die Altstadt mit den niedrigen eng gedrängten Steinhäusern auf der nördlichen Seite. Eine Festungsanlage thront über dem Viertel. »Dort wohnen mehrheitlich Muslime - Albaner und Türken«, erklärt er. »Und hier«, seine ausgestreckte Hand deutet auf die im realsozialistischen Stil errichteten Neubauten im südlichen Teil der 1963 von einem Erdbeben zerstörten Stadt, »leben hauptsächlich Slawen.«

Der Prozess von Zuordnung, Ausgrenzung, Eingrenzung und Selbstdefinition nach ethnischen Kriterien durchzieht die Gesellschaft. Seitdem in den Bergen die ersten Schüsse fielen - manchmal war der Gefechtslärm noch in der Hauptstadt zu hören -, ziehen die wenigen slawischen Familien aus dem muslimischen Teil in den Südteil und umgekehrt. »Teilweise verkaufen die Leute ihre Häuser, teilweise tauschen sie«, berichtet Stojanovski resigniert. »Niemand traut dem Frieden.«

In fast jeder Nacht hallen Schüsse in den Dörfern bei Tetovo, Kumanovo und Lipkovo am Fuß des Grenzgebirges, das Mazedonien im Norden vom Kosovo und von Südserbien trennt. Die mazedonische Polizei oder Militärposten werden seit Wochen zwar kaum direkt angegriffen. Die Schüsse der albanischen Kämpfer haben dennoch ein Ziel. Sie sollen demonstrieren: Wir sind hier. Zwar hat die UCK während der Kollekte der Nato im Spätsommer des vergangenen Jahres 3 800 Waffen abgegeben und sich offiziell aufgelöst. Aber jeder weiß, dass sie fortbesteht und jederzeit auch militärisch wieder aktiviert werden kann.

In den mehrheitlich albanischen Dörfern bei Kumanovo - in Opae, Slupcane und Matejce - wehen die roten albanischen Fahnen mit dem schwarzen Doppeladler auf den Dächern der Häuser. Hier hatten sich die UCK-Kämpfer verschanzt, bis sie von der mazedonischen Armee beschossen wurden. Viele Gebäude liegen in Trümmern. Slawische Bewohner sind vor der UCK geflüchtet, albanische vor den - angekündigten - Granaten der Armee. Zurückgekommen sind fast nur Albaner, die Slawen haben Angst. In einigen Dörfern bauen die albanischen Bewohner Barrikaden, um die Rückkehr der Polizeieinheiten, und damit der slawischen Flüchtlinge, zu verhindern.

Die Repräsentanten der »internationalen Gemeinschaft« räumen ein, dass die Situation schwierig ist. Insgesamt deeskaliere die Situation in Mazedonien, sagen sie. Filip Stojanovski hält das für eine Illusion. »Das Abkommen von Ohrid ist eine Totgeburt«, meint er. »Denn das Problem in Mazedonien ist nicht, dass es eine eklatante rechtliche Diskriminierung von Minderheiten gibt«, sagt er. »Deshalb lösen die Gesetzesreformen den Konflikt nicht.«

Tatsächlich galt Mazedonien bis zum vergangenen Frühjahr sogar als Vorbild des gesetzlichen Minderheitenschutzes. »Einer Bande bewaffneter Schläger sollte nicht erlaubt werden, eine multi-ethnische Demokratie zu zerstören«, wettete Nato-Generalsekretär George Robertson, als die UCK auftauchte und das Dorf Tanusevci besetzte.

Doch die Beschreibung der mazedonischen Gesellschaft durch den Westen änderte sich, als klar wurde, dass die UCK eine gut ausgerüstete, hervorragend trainierte und disziplinierte Truppe ist.

»In diesem Moment begann der Westen mit seiner Appeasementpolitik gegenüber der UCK. Das Auftauchen der UCK wurde mit einem unverbesserlichen brutalen mazedonischen Nationalismus erklärt, so musste die Nato nicht zugeben, dass die völlig katastrophale Situation in ihrem Protektorat Kosovo das Hauptproblem für Mazedonien ist«, versucht Stojanovski die Wendung der westlichen Politik zu erklären.

In Ohrid vereinbarten die Parteienvertreter, dass in Gemeinden mit mindestens 20 Prozent albanischer Bevölkerung Albanisch zur zweiten Amtssprache werden sollte. Den Kommunen sollen mehr Zuständigkeiten eingeräumt werden. Bis 2004 soll der Anteil albanischer Polizisten von derzeit sechs auf 23 Prozent erhöht werden. In der Präambel der Verfassung wird Mazedonien als Staat aller seiner ethnischen Gruppen und nicht mehr als Nationalstaat der slawischen Mazedonier bezeichnet. Nach und nach werden die Eckpunkte des Vertrags vom Parlament ratifiziert, ein schwieriger Prozess, denn slawische Nationalisten laufen Sturm gegen das Regelwerk. »Der Vertrag von Ohrid löst Probleme, die nicht die Ursache für den bewaffneten Kampf der Albaner sind.« Mit der Forderung nach Gesetzesänderungen, so Stojanovski, werde lediglich die Oberfläche des Konfliktes berührt, die tiefer liegenden Ursachen würden aber unangetastet gelassen.

»In Kosovo hat der Westen den Einsatz von Gewalt belohnt«, versucht Stojanovski das Kernproblem zu erklären. »Mit der Unterstützung der Nato konnten sich die UCK-Leute in Machtpositionen schießen. In Mazedonien sind wir jetzt mit einem spill-over-Effekt konfrontiert. UCK-Leute, die teilweise aus Mazedonien kommen und im Kosovo gekämpft haben, aber nicht zufrieden gestellt wurden, versuchen nun, hier die Erfolgsgeschichte aus dem Kosovo zu wiederholen«, sagt er. »Unter ihnen sind drei Typen von Kombattanten: Nationalistische Idealisten, die für Großalbanien kämpfen, Mafiosi, die um Macht, Geld und Prestige kämpfen, und Söldner, die für die beiden anderen kämpfen.« Im Kosovo habe sich der Westen in eine Zwickmühle begeben, meint Stojanovski. »Entzieht der Westen den UCK-Leuten die Unterstützung, werden die Kfor-Truppen im Kosovo mit einer feindlichen Umgebung konfrontiert sein. Das könnte tote Soldaten bedeuten. Folgt der Westen weiter der Appeasementpolitik, wird die Bestie immer hungriger.«

Doch der Erfolg der UCK lässt sich nicht allein mit einem geschickten militärischen Handeln erklären. Dazu ist die Begeisterung zu groß, mit der die Kämpfer in den albanischen Gemeinschaften zu Helden erhoben werden. Woher kommt der Fanatismus, mit dem albanische Jugendliche in Matejce die rote Adlerfahne schwenken, wenn ein hupender Hochzeitskonvoi durch das Dorf fährt? Im Bus auf dem Weg in seinen Geburtsort im Gebirge bei Ohrid erklärt ein junger Albaner, warum das so ist. »Alle Albaner in unserem Dorf unterstützen die UCK«, sagt Albi. Er lebt in Stuttgart, wo er eine Ausbildung macht. Dort hat er wegen seines für Deutsche komplizierten Namens auch seinen Spitznamen bekommen.

Es scheint so, als finde die ganze Unzufriedenheit über die seit Jahren anhaltende Wirtschaftskrise und der ganze Frust über eine korrupte politische Elite, die sich im Transformationsprozess zur Marktwirtschaft bereichert, in der UCK ein Ventil. Ein radikaler, dynamischer politischer Faktor ist aufgetaucht, ein Hoffnungsträger für viele. Obwohl auch die slawische Bevölkerung unter der Wirtschaftskrise leidet, obwohl alle Mazedonier korrupte Ärzte bestechen müssen, um behandelt zu werden, projizieren die albanischen Nationalisten alle Unzufriedenheit auf die slawische Mehrheit und die bestehende Staatlichkeit.

Die Offensive der UCK richtet sich dabei nicht nur gegen die slawischen Mazedonier, sie zielt auch auf die Ersetzung der alten, in den Staat integrierten, albanischen politischen Eliten der Parteien DPA und PDP durch eine neue junge Generation von Kämpfern, die selbst die Macht ausüben wollen.

Gefördert wird die nationalistische Identifikation von tatsächlichen oder imaginierten Diskriminierungen. Albi klagt über permanente Polizeikontrollen, von denen Albaner betroffen seien. Stojanovski sind sie völlig verständlich: »Welche Polizei der Welt würde nicht nach Waffen suchen, wenn der Staat Opfer terroristischer Angriffe ist?« Albi hält es für eine Ungerechtigkeit, dass die Albaner in Mazedonien bisher keine eigene Universität haben. Stojanovski sagt: »Bis zum Auseinanderbrechen Jugoslawiens gab es eine albanische Universität in Pristina. Die mazedonische Regierung hat der bislang illegalen albanischen Universität in Tetovo schon vor dem Auftauchen der UCK den Segen erteilt.«

Der radikale nationalistische Aufbruch weiter Teile der albanischen Bevölkerung trifft auf eine eingeschüchterte slawische Gesellschaft. Innerhalb des Konstrukts nationaler Identitäten auf dem Balkan haben es die Mazedonier besonders schwer. Serbische und bulgarische Nationalisten halten sie für eine regionale Variante ihrer eigenen Nation. Griechische Nationalisten bestreiten die Existenz Mazedoniens ebenfalls, schließlich gibt es schon eine Provinz gleichen Namens in Griechenland. Die albanischen Nationalisten andererseits träumen davon, ein Drittel des Territoriums dem Kosovo und Albanien anzuschließen.

Umzingelt von allen Seiten, von der »internationalen Gemeinschaft« im Stich gelassen, so fühlen sich viele Mazedonier, die sich nun den radikaleren Nationalisten zuwenden. »Wir werden mit den Albanern schon fertig werden, wenn wir wollen«, raunt eine Runde grimmiger Männer, die sich in einem Zelt vor dem Regierungspalast aufwärmen. Dort protestieren sie seit Monaten gegen die zurückhaltende Politik der Regierung, die sich nicht energisch genug für die Rückkehr der slawischen Flüchtlinge in die albanischen Dörfer einsetze. Ins selbe Horn stoßen Nationalisten wie Innenminister Ljube Boskovski, die sich auf den Wahlkampf vorbereiten.

Mazedonien im Februar 2002: Mit der Operation Amber Fox führt die Bundeswehr zum ersten Mal einen Nato-Einsatz. Major Uli Schweitzer erklärt seine Arbeit: »Wir versuchen, Vertrauen herzustellen.« Mit seinem Trupp fährt der Bundeswehroffizier durch die Dörfer bei Kumanovo. »Es geht darum, durch Präsenz Sicherheit zu demonstrieren«, meint er. In den albanischen Weilern winken Kinder den Bundeswehr-Jeeps zu. An einem Polizeiposten unweit der früheren Frontlinie weist Schweitzer stolz darauf hin, dass nun auch albanische Polizisten mit ihren slawischen Kollegen zusammenarbeiten. »Unser Job hier ist, die Handlungsfähigkeit des mazedonischen Staates wieder zu stärken. Dazu gehört der Aufbau von Polizeieinheiten, die sich zu gleichen Teilen aus Angehörigen der mazedonischen und der albanischen Ethnie zusammensetzen.« Die Angehörigen der mazedonischen und der albanischen Ethnie in den blauen Uniformen grinsen bemüht den Angehörigen der deutschen Ethnie in der grünen Uniform an.

Im Feldlager Fuchs ist der größte Teil der 300 Bundeswehrsoldaten stationiert, die im Rahmen der Operation Amber Fox eingesetzt sind. Beheizbare Großraumzelte und der Fuhrpark stehen auf einem vielleicht zehn Fußballfelder großen umzäunten Areal. Dazwischen liegt das Verwaltungsgebäude. Hier, im Konferenzraum vor der UN- und der Nationalfahne an der Wand, erklärt Major Frey einen anderen zentralen Aufgabenbereich der Bundeswehr. »Im Rahmen der

Civil Military Cooperation (Cimic) leisten wir humanitäre Hilfe.« Zerstörte Schulen und Kliniken werden von Cimic wieder hergestellt. »Wir binden die Nichtregierungsorganisationen vor Ort in die Projekte ein. Bauaufträge erteilen wir den lokalen Unternehmen. Das Geld kommt aus Deutschland«, erklärt der Major. Das Projekt sei effektiv, meint er. Es werde schnelle Hilfe geleistet. Und außerdem werde die Akzeptanz der Truppe erhöht. Denn »oftmals werden Soldaten in Friedensmissionen nicht als solche wahrgenommen«.

Keines der zentralen Probleme, die die Krise verursacht haben, ist gelöst. Moderierend greifen die Bundeswehrsoldaten in den ethnisierten Konflikt ein. Dass die Politik des Westens ihn hervorgebracht und vertieft hat, wird von den verantwortlichen Politikern energisch bestritten und ist für die deutschen Soldaten ein abwegiger Gedanke. Mit dem Gestus der Zivilisationsbringer, überzeugt von der eigenen Mission, basteln sie am Kolonialsystem auf dem Balkan. In Mazedonien agieren sie als paternalistische Schiedsrichter.

Und wo es Kolonisatoren gibt, gibt es auch Kolonisierte. Dankbare, widerständige und pragmatische. In den albanischen Dörfern werden die deutschen Soldaten als Schutzmacht betrachtet. Viele Slawen dagegen sehen in den Nato-Truppen Okkupatoren. Und was kann Filip Stojanovic tun, um die Politik des Westens zu verändern? »Wir müssen den Westen überzeugen, dass wir seinen Interessen besser dienen als die albanischen Nationalisten.«